



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 29.03.2012, 17:05 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Indikatorenset zum SEK - Paket 1

Vorl.Nr. 095/12

Beratungsverlauf:

Herr **Großmann** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) stellt unter Bezugnahme auf die Vorl. Nr. 095/12 die folgenden Indikatoren des Themenfeldes „Attraktives Wohnen“ und deren Zielwertkorridor vor:

- Entwicklung der Einwohnerzahl
- Anzahl fertig gestellter Wohnungen und Einwohner
- Wanderungsbilanz
- Altersdurchschnitt
- Entwicklung der Bodenrichtwerte
- Verkehrslärm in den Wohngebieten
- Preisindex der Mieten
- Anteil der SGB II/XII Empfänger

Herr **Bauer** (FB Stadtplanung und Vermessung) geht anschließend auf die nachstehenden Indikatoren des Themenfeldes „Grün in der Stadt“ ein:

- Städtischer Grünflächenanteil im Siedlungsbereich
- Erholungsraumversorgung im Nahbereich
- Baumbestand in städtischer Pflege
- Grüne Paten

Stadtrat **Noz** erklärt, dass die beiden vorgestellten Themenfelder des Indikatorensets sehr interessant und beachtenswert seien. Es sei, vor allem für die Diskussion, sinnvoll, wenn die Anlage 3 zur Vorl. Nr. 095/12 mit Seitenzahlen versehen sei. Er bemängelt, dass als Vergleichsstadt lediglich Esslingen betrachtet werde. Weiter bittet er darum, bei der Fortschreibung der Zahlen die gleichen Basisdaten zu verwenden und die Daten in einer Matrix mit gleichem Aufbau zusammenzufassen.

Für Stadträtin **Liepins** ist die Grafik zur Anzahl fertig gestellter Wohnungen nicht nachvollziehbar. So seien zum Beispiel im Jahr 2004 sehr viele Wohneinheiten fertig gestellt worden, obwohl die Stadt in diesem Zeitraum keine Neubaugebiete beschlossen habe. Sie begrüßt, dass die Lärmbelastung untersucht und der Verkehrslärm in Wohngebieten als Indikator festgelegt worden sei. Außerdem lobt sie den Fachbereich Tiefbau und Grünflächen für die Entwicklungen im Themenfeld „Grün in der Stadt“. Allerdings kritisiert sie, dass in den letzten Jahren vor allem in Neckarweihingen und Poppenweiler Obstbäume gefällt worden seien, um diese Grundstücke als Ackerfläche nutzen zu können. Sie plädiert dafür, dass der Gemeinderat als politisches Ziel die Schaffung von mehr Begrünung und mehr Streuobstwiesen festlege. Weiter schlägt sie vor, den Flächennutzungsplan fortzuschreiben.

Stadtrat **Glasbrenner** ist der Meinung, dass die Anzahl der Indikatoren sinnvoll sei. Er weist darauf hin, dass die Ausgangsbasis der jeweiligen Indikatoren noch abgeklärt werden müsse. Er rät dazu, nochmals zu diskutieren, ob die Grünflächen, die nicht im Eigentum der Stadt aber öffentlich zugänglich sind, auch weiterhin nicht bei dem Grünflächenanteil berücksichtigt werden sollen. Er ist der Ansicht, dass, insbesondere bei dem Indikator „Verkehrslärm in den Wohngebieten“, zwischen strategischen und operativen Einflussmöglichkeiten unterschieden werden sollte.

Stadtrat **Gericke** richtet an die Verwaltung die Bitte, in Zukunft mit absoluten Werten zu arbeiten, da diese eine schnellere Auffassung der Zahlen ermöglichen. Er schlägt vor, die Indikatoren auch bei den Haushaltsplan-Beratungen und in der täglichen Arbeit zu berücksichtigen. Er wünscht sich, dass im Rahmen des Themenfelds „Grün in der Stadt“ mehr als lediglich vier Indikatoren, wie zum Beispiel die Anzahl gefährdeter Arten im Stadtgebiet, betrachtet werden. Abschließend spricht er sich dafür aus, in den Gremien regelmäßig über die Indikatoren zu diskutieren.

Stadtrat **Müller** betont, dass die Indikatoren teilweise nicht gesteuert werden könnten. Die ausgewählten Indikatoren des Themenfeldes „Attraktives Wohnen“ bilden seiner Meinung nach nicht das ganze Themenfeld ab. Er kritisiert die Zielkorridore, deren Zeitraum teilweise nicht klar sei. Außerdem vertritt er den Standpunkt, dass die Indikatoren stärker konkretisiert werden müssten und eine reine Fortschreibung nicht sinnvoll sei. Darüber hinaus sei wichtig, dass die Indikatoren akzeptiert werden und transparenter gestaltet werden.

Stadträtin **Burkhardt** unterstreicht, dass die Indikatoren die wichtigen Probleme der Stadt wie z. B. die Lärmbelastung aufzeigen. Die Beratungsunterlage Vorl. Nr. 095/12 sei eine wichtige Grundlage für die Arbeit des Gemeinderats. Beim Themenfeld „Grün in der Stadt“ sei es unverständlich, dass die Grünflächen im Landesbesitz nicht einbezogen worden seien. Bei der Bewertung der Grünflächen sei wichtig, keine zahlenmäßige Bewertung, sondern eine Bewertung nach der Qualität der Grünflächen vorzunehmen. Sie vertritt den Standpunkt, dass die Mittel für Pflege der Grünflächen im Haushaltsplan 2013 erhöht werden sollten.

Herr **Geiger** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) schlägt vor, die Änderungsvorschläge erst zu beraten, nachdem alle Themenfelder des Indikatorensets vorgestellt worden sind. Er bestätigt, dass die Indikatoren in die Tagesarbeit einfließen müssten. Die Indikatoren werden meist mit den Zahlen von Esslingen verglichen, da Esslingen etwa gleich viele Einwohner habe und ebenfalls in der Region Stuttgart liege. Es könnten allerdings auch andere Städte als Vergleich betrachtet werden.

TOP 2

Naturinfozentrum Hungerberg
- Bauantrag des Bezirksbienenzüchtervereins
Ludwigsburg

Vorl.Nr. 041/12

Beschluss:

1. Die Stadt Ludwigsburg begrüßt das Vorhaben des Bienenzüchtervereins Ludwigsburg e.V. zum Bau eines Naturinfozentrums (Bauantrag vom 13.02.2012) am Hungerberg.
2. Zur Realisierung wird:
 - das Grundstück kostenlos bereitgestellt,
 - die Ko-Finanzierung von 145.000,-- € für die zugesagten Fördermittel garantiert
 - und das Gebäude nach Fertigstellung in das Eigentum der Stadt übernommen.

3. Das Gebäude wird zu Zwecken der Nachhaltigen Bildung mit Schwerpunkt Umweltbildung für Aktivitäten der Stadt, Schulen und externen Organisationen nach den Maßgaben der Anlage 3 zur Vorl. Nr. 071/12 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Rebholz (dienstlich verhindert)

Beratungsverlauf:

BM Schmid verweist auf die vorliegenden Beratungsunterlagen, Vorl. Nr. 041/12 sowie Vorl. Nr. 071/12. Anschließend schildert er anhand einer Präsentation das Bauvorhaben des Bezirksbienenzüchtervereins Ludwigsburg. Dabei geht er insbesondere auf folgende Aspekte ein:

- Historie ab 2010
- erste Planungen zu einem Naturinfocentrum mit erweitertem Nutzungskonzept im Jahr 2011
- Baugesuch zu einem Naturinfocentrum mit einem Grundriss von 192 m² im Jahr 2012
- Projektpartnerschaft mit der Hochschule für Technik Stuttgart
- multifunktionales Nutzungskonzept
- Kooperationsvereinbarung
- Nutzergruppen
- Eisspeichertechnik
- Kosten- und Finanzierungsplan

Außerdem veranschaulicht BM Schmid anhand von Skizzen den Grundriss sowie die Ansicht des Bauvorhabens.

Stadtrat Lutz begrüßt das neue Konzept, das sowohl für Kinder als auch für Erwachsene sehr interessant sei. Er stimmt für seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zu.

Stadtrat Griesmaier erklärt für seine Fraktion, dass diese der Vorl. Nr. 041/12 und dem stimmigen Nutzungskonzept voll zustimmen könne. Das Projekt greife viele Themenfelder auf und entspreche dem Stadtentwicklungskonzept. Da Bienen vielfach gefährdet seien, seien der Schutz und die Verbreitung sehr wichtig. Die Ko-Finanzierung über den städtischen Haushalt stelle eine lohnende Investition für die Zukunft dar.

Stadtrat Glasbrenner begrüßt das Projekt, das aus den Aspekten Programmfläche, Energetik sowie Bautechnik sehr gut sei. Weiter lobt er das Engagement des Bienenzüchtervereins Ludwigsburg e. V. Er ist der Meinung, dass der städtische Finanzierungsanteil eine gute Investition darstelle. Er regt an, dass die Raumvergabe über den neuen Eigenbetrieb „Veranstaltungsstätten, Stadtmarketing, Tourismus“ erfolgen könne.

Stadträtin Schübler bedankt sich bei dem Bienenzüchterverein Ludwigsburg für die Erarbeitung dieses tollen Projektes. Sowohl der Standort als auch das Konzept seien richtig.

Stadtrat Müller und seine Fraktion stehen uneingeschränkt hinter dem Beschlussvorschlag. Er weist darauf hin, dass bei der Berechnung des Zuschussbedarfes (Anlage 1 zur Vorl. Nr. 041/12) die kalkulatorischen Kosten nicht berücksichtigt werden sollten.

Stadträtin Burkhardt ist der Ansicht, dass solche Lehrstätten, insbesondere für Kinder und

Jugendliche, sinnvoll und notwendig seien. Sie hoffe, dass die geplanten Eigenleistungen tatsächlich erbracht werden.

BM **Schmid** sagt zu, den Vorschlag von Herrn Glasbrenner bezüglich der Raumvergabe weiterzuleiten.

Abschließend ruft BM **Schmid** zur Abstimmung über die Vorl. Nr. 041/12 auf.

TOP 2.1

Anlagen zur Vorl.Nr. 041/12

Vorl.Nr. 071/12

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.

TOP 3

Belagssanierungen an Straßen 2012

Vorl.Nr. 083/12

Beratungsverlauf:

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) stellt unter Bezugnahme auf die Vorl. Nr. 083/12 die für das Jahr 2012 geplanten Belagssanierungen vor. Dazu werde im Mai 2012 eine Beschlussvorlage mit Bau- und Vergabebeschluss im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beraten.

Stadträtin **Burkhardt** rät dazu, in Zukunft besonders die Straßen mit Busverkehr zu beachten.

Stadtrat **Gericke** bittet darum, in die angekündigte Beschlussvorlage auch die „Warteliste“ für Belagssanierungen aufzunehmen. Außerdem vertritt er den Standpunkt, dass ähnliche Planungen auch für die Radwege und den Radwegeausbau vorgenommen und fortgeschrieben werden sollten.

BM **Schmid** bestätigt auf Nachfrage von Stadtrat **Juraneck**, dass das Krankenhaus die Planungen in der Harteneckstraße nicht mehr weiterverfolge.

TOP 4

Bottwartalstraße
Unfallschwerpunkt, Radwegeplanung, Sanierung
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) erläutert anhand von Skizzen verschiedene Möglichkeiten für die Mittelinsel in der Bottwartalstraße. Die Verwaltung schlage eine Mittelinsel mit einer Breite von 3,25 Meter vor. Die Anlieger sprechen sich hingegen für eine Breite von 5,30

Meter aus.

Stadtrat **Kirnbauer** unterstreicht, dass die Bewohner der Reichertshalde eine Mittelinsel mit 5,30 Meter Breite fordern. Er vertritt die Meinung, dass der Unfallschwerpunkt bei einer Mittelinsel mit 3,25 Meter Breite nicht beseitigt werde und Stauungen entstehen werden.

Stadtrat **Juraneck** legt dar, dass die Mitglieder seiner Fraktion unterschiedlicher Ansicht seien. Er begrüßt die Aufstellmöglichkeit in der Mitte der Straße und hält auch das frühere Zusammenführen der Fahrspuren sinnvoll. Außerdem erkundigt er sich nach einer möglichen Veränderung der Kosten.

Herr **Kohler** stellt klar, dass die Kostenunterschiede zwischen den beiden vorgestellten Lösungen nicht wesentlich seien.

Stadträtin **Schübler** teilt dem Gremium mit, dass sie mit beiden Vorschlägen für die Mittelinsel einverstanden sei. Weiter erkundigt sie sich danach, ob bereits Bäume gefällt worden seien und ob die Möglichkeit bestehe, auf der Mittelinsel Bäume zu pflanzen. Außerdem schlägt sie vor, an dieser Ampel eine Rotlichtüberwachungsanlage einzurichten bzw. eine vorhandene Anlage umzustellen.

Stadtrat **Noz** gibt an, dass seine Fraktion mit beiden Lösungen einverstanden sei.

Herr **Kohler** bestätigt auf Nachfrage von Stadträtin **Schübler**, dass der Rad- und Fußweg an der Marbacher Straße entlang des Blühenden Barocks um 50 Zentimeter verbreitert werde und dessen Belag erneuert werde. Falls sich das Gremium für die breitere Mittelinsel entscheide, werden auf der Mittelinsel Bäume gepflanzt. Darüber hinaus veranschaulicht er anhand einer Grafik, dass die Verwaltung nun als weitere Möglichkeit den Kompromissvorschlag entwickelt habe, eine Mittelinsel mit einer Breite von 4,50 Meter zu bauen.

Stadtrat **Kirnbauer** spricht sich gegen diesen Kompromissvorschlag aus. Eine Sicherheit sei nur bei einer 5,30 Meter breiten Mittelinsel gegeben.

Stadträtin **Schübler** unterstreicht, dass das Ausfahren an dieser Stelle nicht schwierig sei.

Anschließend stellt BM **Schmid** den Vorschlag der Anlieger, eine Mittelinsel mit einer Breite von 5,30 Meter zu errichten, zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Vorschlag wird mit 9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich befürwortet.

Nicht anwesend: Stadtrat Rebholz (dienstlich verhindert)

TOP 5 Schillerstraße
- Bericht über den Runden Tisch zur
Schillerstraße vom 16.03.2012

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** schildert anhand einer Präsentation die Ergebnisse des Runden Tisches zur Schillerstraße (siehe Anlage zu TOP 5), der am 16.03.2012 stattfand.

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 29.03.2012

Stadtrat **Noz** hält den vorgeschlagenen Testlauf für den richtigen Weg und ist damit einverstanden. Er legt dar, dass ein Verzicht auf alle Parkflächen in der Vergangenheit nicht funktioniert habe. Seit die Parkflächen vorhanden seien, haben sich die Geschäfte in der Schillerstraße gut entwickelt. Alternativ könnten weitere Parkierungsmöglichkeiten auch in den Innenhöfen zwischen Schiller-, Bahnhofs- und Myliusstraße geschaffen werden. Er erinnert an die Forderung von Stadtrat Rebholz, eine neue Strecke für den Radverkehr zu suchen. Die Verkehrsführung für Radfahrer zum Berufsschulzentrum könne möglicherweise in die Mörikestraße verlegt werden.

Stadträtin **Liepins** ist der Ansicht, dass bei dem Runden Tisch Schillerstraße keine wirkliche Einigung erzielt worden sei. Sie hält weitere Workshops und Arbeitsgruppen zu diesem Thema für nicht mehr sinnvoll, da seit den 1990er-Jahren die gleiche Diskussion geführt werde. Sie betont, dass der Radweg in beide Richtungen führen müsse und genügend Parkplätze in der Tiefgarage der Kreissparkasse zur Verfügung stehen. Mit dem vorgeschlagenen Testlauf sei sie einverstanden. Zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führt sie aus, dass sie der Ziff. 1 zustimmen könne. Die Ziff. 2 solle zu einem späteren Zeitpunkt beraten werden.

BM **Schmid** ergänzt, dass in der Tiefgarage der Kreissparkasse 30 Minuten kostenlos geparkt werden könne.

Stadtrat **Glasbrenner** erinnert daran, dass seine Fraktion bereits vor Jahren die Überprüfung einer Einbahnstraßenlösung beantragt habe. Er unterstreicht, dass die Schillerstraße eine der Hauptzugangsstraßen in die Innenstadt sei. Da seine Fraktion die Thematik nochmals abwägen möchte, schlägt er vor, die Beratung bis nach den Osterferien zu verschieben.

Stadtrat **Gericke** stellt im Sachzusammenhang den Antrag „Angebotsstreifen für Radfahrer in der Schillerstraße ohne Parken“, Vorl. Nr. 122/12. Der Antrag wird zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung übergeben.

Stadtrat **Müller** erklärt, dass ein Schutzstreifen aus Sicht seiner Fraktion für die Sicherheit enorm wichtig sei. Für eine endgültige Lösung müsse auch über ein Gesamtverkehrskonzept nachgedacht werden. Er begrüße die vorgestellte Entwicklung und könne sich auch einen Verzicht auf Parkplatzangebote vorstellen. Er macht auf den Antrag der FDP-Fraktion, Vor. Nr. 258/11, aufmerksam, der noch offen sei.

Stadträtin **Burkhardt** ist der Meinung, dass die einzige vernünftige Lösung die Ausweisung eines „verkehrsberuhigten Geschäftsbereiches“ sei. Diese Bereiche mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung von weniger als 30 km/h werden in zentralen städtischen Bereichen mit hohem Fußgängeraufkommen empfohlen. Die Erfahrungen in anderen Städten zeigen, dass dadurch eine abnehmende Verkehrsmenge und eine steigende Rücksichtnahme erreicht werden könne. Allerdings ergebe sich durch die Festlegung auch ein erhöhter Überwachungsaufwand. Sie fordert die Stadtverwaltung auf, zu prüfen, ob die Schillerstraße als verkehrsberuhigter Geschäftsbereich mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 20 km/h ausgewiesen werden könne.

BM **Schmid** stellt klar, dass dies bereits geprüft worden sei, aber aufgrund der Anzahl des Fahrzeugverkehrs nicht möglich sei. Eine Ausweisung als verkehrsberuhigter Geschäftsbereich oder als gemischte Verkehrsfläche sei rechtlich und faktisch in der Schillerstraße nicht möglich.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) bestätigt dies und ergänzt, dass sowohl eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 20 km/h als auch die von der FDP-Fraktion in der Vorl. Nr. 258/11 beantragte Ausweisung einer gleichberechtigten gemischten Verkehrsfläche in der Schillerstraße nicht möglich sei.

Stadtrat **Müller** zieht daraufhin den Antrag der FDP-Fraktion vom 07.06.2011, Vorl. Nr. 258/11, zurück. Er weist allerdings darauf hin, dass einige Inhalte des Antrags in der vorgeschlagenen Kompromisslösung enthalten seien.

Stadträtin **Liepins** führt zu dem gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus, dass dieser auf die Festlegung von zwei Schutzstreifen unter Wegfall aller Parkplätze abziele.

Stadtrat **Noz** erklärt, dass die Ergebnisse des Runden Tisches berücksichtigt werden müssen. Er betont, dass zumindest einige der Parkplätze aufgrund der Handels- und Gastronomiebetriebe erhalten bleiben sollten.

Stadträtin **Schübler** legt Wert darauf, dass die Sicherheit der Kinder wichtiger sein müsse als Parkplätze.

BM **Schmid** stellt klar, dass bei einer Ausweisung von zwei Schutzstreifen für Radfahrer nicht die kompletten bisherigen 12 Parkplätze erhalten bleiben können.

Stadtrat **Gericke** ist der Ansicht, dass die Teilnehmer des Runden Tisches nicht mehrheitlich mit der Kompromisslösung einverstanden gewesen seien. Außerdem sei die Festlegung von beidseitigen Schutzstreifen nur unter Wegfall der Parkierungsmöglichkeiten sinnvoll.

Stadtrat **Glasbrenner** beantragt, die Beratung der Anträge Vorl. Nr. 540/11 sowie Vorl. Nr. 122/12 zu vertagen.

Dieser Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich angenommen.

TOP 5.1	Ausweisung der Schillerstraße als gemischte Verkehrsfläche - Antrag der FDP-Fraktion vom 07.06.2011	Vorl.Nr. 258/11
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag Vorl. Nr. 258/11 wird von der FDP-Fraktion zurückgezogen.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5.

TOP 5.2	Beidseitige Radwege in der Schillerstraße - Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2011	Vorl.Nr. 540/11
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5.

TOP 5.3	Angebotsstreifen für Radfahrer in der Schillerstraße ohne Parken - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.03.2012	Vorl.Nr. 122/12
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5.

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 29.03.2012

Der Antrag wird der Verwaltung zur weiteren Bearbeitung übergeben.

TOP 6

Veränderungen des Busliniennetzes

Beratungsverlauf:

Einleitend ruft BM **Schmid** den Antrag der Stadträtin Burkhardt und des Stadtrates Hillenbrand, Vorl. Nr. 088/12, sowie den Antrag der SPD-Fraktion, Vorl. Nr. 123/12, zur Beratung auf.

Herr **Albrecht** (ÖPNV) schildert anhand eines Planes die aktuellen Überlegungen zur Verbesserung der Busanbindung von Oßweil. Neben einer Taktverdichtung der Linie 431 werde derzeit die Neueinführung einer Linie 426, die zwischen Bahnhof und Gegen Eich fahren werde, geprüft. Die Verwaltung werde den entsprechenden Gremien nach der Sommerpause einen entsprechenden Vorschlag vorstellen.

Stadtrat **Hillenbrand** führt zu dem Antrag mit der Vorl. Nr. 088/12 aus, dass ein guter und umweltfreundlicher Öffentlicher Personennahverkehr sehr wichtig sei und zudem einen wichtigen Standortfaktor darstelle. Vor allem aufgrund des Neubaugebietes Hartenecker Höhe seien Veränderungen der Buslinien notwendig. Darüber hinaus werden auch durch das Neubaugebiet Neckarterrasse bald Probleme beim Busverkehr entstehen, die nicht durch eine Verlängerung der Linienführung behoben werden können. Außerdem sei seiner Meinung nach eine Aktualisierung des Gesamtkonzeptes für den gesamten Ludwigsburger Busverkehr erforderlich.

Stadtrat **Lutz** bestätigt, dass die Linie 425 stark überfüllt sei und die Einführung einer Linie 426 sinnvoll sei. Zunächst müssten jedoch die Kosten dafür geprüft werden.

BM **Schmid** ergänzt, dass die in Ziff. 1 und 2 des Antrags der Stadträtin Burkhardt und des Stadtrates Hillenbrand, Vorl. Nr. 088/12, geforderten Prüfungen bereits erfolgen. Außerdem erklärt er, dass die Stadt keine Zuschüsse an die LVL gewähren könne.

Herr **Albrecht** ergänzt, dass die Stadt Ludwigsburg mit 42.000 Busgästen nach Stuttgart das beste ÖPNV-Angebot im VVS-Gebiet besitze.

Stadtrat **Glasbrenner** erklärt, dass die Ziff. 3 des Antrags mit der Vorl. Nr. 088/12 abgelehnt werden müsse.

Stadtrat **Müller** hält die Einführung einer neuen Buslinie nach Oßweil für begrüßenswert.

Stadträtin **Liepins** schildert bezüglich des Antrags der SPD-Fraktion, Vorl. Nr. 123/12, dass eine Verlängerung der Buslinie 427 von Grünbühl nach Pattonville in der letzten Sitzung des Zweckverbandes angesprochen worden sei.

Sodann lässt BM **Schmid** über die Ziff. 3 des Antrags der Stadträtin Burkhardt und des Stadtrates Hillenbrand, Vorl. Nr. 088/12, abstimmen.

Ziff. 1 und Ziff. 2 des Antrags der Stadträtin Burkhardt und des Stadtrates Hillenbrand, Vorl. Nr. 088/12, sind mit Bericht der Verwaltung erledigt.

Antrag:

1. Die Stadtverwaltung prüft in Zusammenarbeit mit den LVL und dem Landratsamt, unter welchen Rahmenbedingungen eine neue Buslinie vom Neubaugebiet Hartenecker Höhe zu den Schulzentren geführt werden kann.
2. Die Verwaltung überprüft in Zusammenarbeit mit den LVL und dem Landratsamt die Aktualisierung des gesamten Ludwigsburger Busliniennetzes.
3. Die Stadtverwaltung prüft, ob nicht nur die Angebote der Parkieranlagen GmbH, sondern auch die die LVL mit städtischen Zuschüssen optimiert werden können.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Ziff. 3 des Antrags wird mit 3 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Rebholz
Stadtrat Lettrari

Beratungsverlauf:

Ziff. 1 und Ziff. 2 des Antrags der Stadträtin Burkhardt und des Stadtrates Hillenbrand, Vorl. Nr. 088/12, sind mit Bericht der Verwaltung erledigt.

BM Schmid lässt über die Ziff. 3 des Antrags der Stadträtin Burkhardt und des Stadtrates Hillenbrand, Vorl. Nr. 088/12, abstimmen.

Beratungsverlauf:

Der Antrag der SPD-Fraktion, Vorl. Nr. 123/12, wird der Verwaltung zur weiteren Bearbeitung übergeben.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 6.